

Flurschaden?

Nicht bei ökumenischen Irritationen stehenbleiben

Geraten wir in Deutschland ökumenisch in eine Schiefelage? Anzeichen dafür gibt es jedenfalls: Während die Bischofskonferenz der Bitte des Papstes entsprechend nach einer Übergangszeit eine Schwangerschaftsberatung ohne den derzeitigen Beratungsschein anstrebt, gibt die evangelische Kirche zu Protokoll, sie werde sich weiterhin an der gesetzlich vorgeschriebenen Schwangerschaftskonfliktberatung beteiligen. Während im deutschen Protestantismus mit zum Teil harten Bandagen um die lutherisch-katholische Erklärung zur *Rechtfertigungslehre* gestritten wird (vgl. ds. Heft, S. 132 ff.), bleibt es auf katholischer Seite ruhig. Während die katholische Amtskirche das Prinzip der Konfessionalität des *Religionsunterrichts* hochhält, wünscht man sich im evangelischen Lager mehr Kooperation.

Solche und andere Asymmetrien haben zunächst schlicht mit der Tatsache zu tun, daß es zwischen katholischer Kirche und reformatorischen Kirchen nach wie vor erhebliche Unterschiede in Verständnis und Praxis von Amt und kirchlicher Lehre gibt. Vereinfacht formuliert: Katholiken haben einen Papst als oberste Autorität, Protestanten nicht. Protestantische Kirchen erkennen Bekenntnisschriften an, aber diese haben nicht den gleichen Stellenwert wie katholische Dogmen und andere lehramtlichen Äußerungen.

Daran wird sich in absehbarer Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach nichts ändern, auch nicht durch einen weitreichenden Konsens in der Rechtfertigungslehre. Bleiben wird und muß aber auch die jeweilige innerkirchliche Diskussion über Amt und verbindliche Lehre, sowohl im Katholizismus wie im Protestantismus. Sie hat auf katholischer Seite durch gesamtkirchliche

Verlautbarungen der letzten Jahre neue Nahrung bekommen.

Schon deshalb ist mit vereinfachenden Schemata nicht weiterzukommen. Der Protestantismus ist nicht nur einfach „Religion der Freiheit“; Katholiken wiederum müssen ihren Verstand und ihre christliche Mündigkeit nicht zugunsten einer fraglosen Unterordnung unter autoritative Weisungen aus Rom abgeben.

Das zeigt sich gerade in der Diskussion über das weitere kirchliche Vorgehen bei der Schwangerschaftsberatung. Die deutschen Bischöfe wollen der Bitte Johannes Pauls II. zu einem „Umstieg“ der derzeitigen bisherigen Praxis nachkommen. Sie sind sich aber gleichzeitig der möglichen Nachteile einer Änderung bewußt und werden sich in den kommenden Monaten mit aller Kraft um eine Lösung bemühen, die den Vorgaben aus Rom ebenso Rechnung trägt wie den bisherigen Erfahrungen in der Bundesrepublik.

Gleichzeitig fehlt es auch auf evangelischer Seite nicht an Stimmen, die unter dem Eindruck des katholischen Ringens um den angemessenen Weg Klärungsbedarf für die eigene Position sehen. So wurde im Magazin „Focus“ der Landesbischof von Schaumburg-Lippe mit der Aussage zitiert (9.2.98), ein möglicher neuer Lösungsweg der katholischen Bischöfe werde auch in der evangelischen Kirche neue Überlegungen herausfordern. Es könne schließlich keinen christlichen Glauben erster und zweiter Klasse geben. Daß es auf dem evangelikalen Flügel des deutschen Protestantismus Befürworter eines Ausstiegs aus der Schwangerschaftskonfliktberatung gibt, ist ohnehin bekannt.

Zur evangelisch-katholischen Ökumene wird auch in den kommenden Jahren gehören, daß sich die Kirchen aneinander reiben. Sie tragen schließlich ihr jeweiliges theologisches, kulturelles und strukturelles Erbe mit sich herum, das sich nicht abschütteln läßt und das die Kirchen und Konfessionen um ihrer Identität willen auch nicht abschütteln können. Sie haben zur Zeit viel Mühe damit, den eigenen Laden

angesichts vieler Spannungen und auseinanderstrebender Kräfte einigermaßen zusammenzuhalten und mit den für sie jeweils spezifischen Herausforderungen fertig zu werden, sei es der sich verschärfende Priestermangel auf katholischer oder das Verhältnis von EKD und Landeskirchen auf evangelischer Seite. Das bindet Kräfte und schafft Empfindlichkeiten.

Dennoch sollten die beiden großen Kirchen in Deutschland auch weiterhin so oft wie möglich an einem Strang ziehen. Das gilt nicht zuletzt für die jetzt schon stattfindende und für die Zukunft zu erwartende Diskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche, etwa im Blick auf den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und die Theologischen Fakultäten. Hier geht es nicht um evangelische oder katholische Spezialitäten, sondern um die konfessionsübergreifende Grundfrage nach der Präsenz des in den Kirchen institutionalisierten christlichen Glaubens in einem demokratischen Rechtsstaat.

Es ist für Deutschland seit der Reformation charakteristisch, daß es zwei prägende konfessionelle Kulturen gibt, die sich heute weniger denn je gegeneinander abschotten können. Schon deshalb sollten gelegentliche ökumenische Irritationen nicht dazu verleiten, den seit einigen Jahrzehnten eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit und des Voneinanderlernens beharrlich fortzusetzen. ru

Arbeitsteilung

Missio und Misereor demonstrieren Gemeinsamkeit

Sie wollten es nicht nur als eine praktische und naheliegende Lösung verstanden wissen, für die man sich entschieden hatte, weil nun einmal in beiden, in derselben Stadt gelegenen Häusern zur selben Zeit die Neubesetzung an der Spitze zu feiern war: Die beiden neuen „Chefs“ des kirchlichen

Werkes für Entwicklungshilfe, Misereor, und des Internationalen Katholischen Missionswerkes Missio, *Josef Sayer* und *Hermann Schalück*, wollten bewußt zu Beginn ihrer Dienstzeit mit einem gemeinsamen Festakt ein Zeichen setzen. Nicht gegeneinander wollten und dürften die kirchlichen Hilfswerke agieren, unterstrich der neue Misereor-Hauptgeschäftsführer am 20. Januar in Aachen, „sondern mit je eigenem Profil miteinander im Dienst der Menschen in der sogenannten Dritten Welt und in Deutschland bzw. Europa“.

Der frühere Fribourger Pastoraltheologe Sayer, der in mehrjähriger Tätigkeit in Peru reichlich „Dritte-Welt-Erfahrung“ sammeln konnte, entwickelte beim Festakt das eigene Profil von Misereor in gleichermaßen entschieden biblischer und politischer Diktion – ausgehend von dem Leitthema „Die Armen zuerst“, das Misereor für sein in diesem Jahr zu feierndes 40jährige Jubiläum gewählt hat: Selbst- und absichtslose Solidarität mit den Armen. Misereor erfülle diesen Dienst nicht in der Illusion, alle Ungerechtigkeit, Hunger und Krankheit beseitigen zu können, vielmehr im Sinne eines Hoffnungszeichens für die Armen in „menschenecht würdigenden Situationen“ wie sie auch die weltweit verbreitete neoliberale Ideologie hervorbringe.

Dem Miteinander der in ihrem je eigenen Profil verschiedenen Werke widmete sich auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, *Karl Lehmann*, bei der Einführung von Sayer und Schalück, der von 1991 bis 1997 Generaloberer des Franziskanerordens war. Weitausholend beschrieb Lehmann eine im Kern des christlichen Auftrags begründete Zusammengehörigkeit in Verschiedenheit von Mission und Entwicklungsarbeit. Er unterstrich damit auch Recht und Anspruch der seit langem eingespielten Aufgaben- und Arbeitsteilung zwischen Misereor und Missio und zeigte zugleich deren Grenzen auf.

Elemente des Wettbewerbs ließen sich in dieser Aufgabenteilung nicht völlig ausschließen. „Aber sie müßten in ei-

nem gemeinsamen Rahmen dienen, der auf die Befreiung des Menschen von Unterdrückung, die Entfaltung seiner Freiheit und die Begegnung mit dem Evangelium Jesu Christi ausgerichtet bleibt.“

Daß ein solchermaßen reflektiertes, in einem „modernen Missionsbegriff“ begründetes Zueinander eigenständiger Werke sich oftmals nur wenig in der Einschätzung beider Institutionen im öffentlichen Bewußtsein innerhalb wie außerhalb der Kirche niederschlägt, bedauerte auch Lehmann. Aufgrund von „einengenden Klischees“ fördereten die einen lieber Misereor, in mehr oder weniger ausgeprägter Distanz zum missionarischen Glaubenszeugnis der Kirche. Andere wollen die stärkere Beschränkung der Kirche auf die Verkündigung im engeren Sinn der Kirche, sehen dieses Anliegen gerade bei Missio verwirklicht. Die kirchlichen Entwicklungshelfer aber geraten in den Verdacht einer Politisierung des Evangeliums.

In Deutschland bilden die kirchlichen Hilfswerke bislang ein eingespieltes System der Aufgaben- und Arbeitsteilung. In dieses ließ sich nach anfänglichen Bedenken und Vorbehalten auch mit Renovabis eine neue Institution, die „Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa“, erfolgreich integrieren. Es war auch keinesfalls umstritten, daß die Kirchen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks unserer Solidarität bedürfen. Man sorgte sich nur, mit einem weiteren Werk, einem weiteren Aktionssonntag, weiteren Spendensammlungen auch die gutwilligsten Christen zu überfordern.

Wie problematisch und unbefriedigend gegenüber dem eigentlichen inhaltlichen Anspruch bei näherem Hinsehen das Image sein mag, über das das ein oder andere Hilfswerk verfügt: In ihrer Vielfalt können sie dem breiten und erst einmal legitimen Spektrum der Überzeugungen, Wünsche und Bedürfnisse der Spender und Unterstützer ihrer Arbeit Rechnung tragen. Überdies bemühen sich alle diese Werke und Aktionen mehr oder weniger intensiv

in der immer deutlicher an Aufmerksamkeit gewinnenden Inlands- und Bewußtseinsarbeit die größten Mißverständnisse über Grundlagen und Ziele ihres Tuns aufzuklären.

Spannend bleibt dennoch die Frage, ob dieses eingespielte System der Arbeits- und Aufgabenteilung, der deutlich identifizierbaren Profile und spezifischen Arbeitsfelder stärkerem Druck von außen standhalten wird. Insgesamt sinkende Spendenaufkommen, eine immer größere Konkurrenz mit den auch nichtkirchlichen Hilfswerken sowie die Sparzwänge in öffentlichen und kirchlichen Haushalten könnten das vertraute System kräftig durcheinanderbringen. Wie verengend die Klischees im öffentlichen Bewußtsein dann auch gegenüber dem eigentlichen Auftrag und Dienst sein mögen, im einen Fall werden sie sich eben positiv, im anderen Fall negativ auf das Spendenaufkommen auswirken.

Einmal wird die Spezialisierung auf Katastrophenhilfe, ein andermal die an den Rhythmus des Kirchenjahres gebundene Aktion höhere Aufmerksamkeit erzielen können. Entweder werden die zeitlich begrenzte Aufbauarbeit in Osteuropa oder eher die pastoralen Projekte bei den faszinierend jungen Kirchen Afrikas bei der Mobilisierung von Spendern förderlich sein. Die einen müssen sich mit der immer stärkeren Konkurrenz von nichtkirchlichen Entwicklungsorganisationen herumschlagen, andere leiden an geschichtlich bedingten Vorurteilen, die der Name ihres Werkes hartnäckig weitertransportiert.

Die Gefahr, daß aus einer begründeten Arbeitsteilung erst Wettbewerb, dann offene Konkurrenz wird, ist unter den drohenden finanziellen Bedingungen nicht von der Hand zu weisen. Eine um so größere Herausforderung ist es für jedes einzelne Hilfswerk, nach außen wie nach innen glaubwürdig zu vertreten, daß sie bei aller Unterschiedenheit ihrer Projektförderung, ihres „fund-raising“, ihrer Bildungsarbeit und Organisation demselben Grundauftrag der Kirche verpflichtet sind. fo